



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend



EIP on AHA
REFERENCE SITE

Runder Tisch „Aktives Altern – Übergänge gestalten“

Ergebnispapier des Runden Tisches

Beschlussfassung

Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	1
Handlungsempfehlungen/Zusammenfassung der Arbeitsergebnisse.....	3
Demografischer Wandel in Deutschland.....	7
Die Babyboomer-Generation	8
Runder Tisch „Aktives Altern – Übergänge gestalten“ (RT AA).....	9
Besondere Auszeichnung des RT AA durch die EU Kommission	9
Hintergrundinformationen zu den einzelnen Arbeitsgruppen:	10
AG „Übergänge gestalten“	10
AG Active Ageing Index	12
AG Bildung	12
Liste der beteiligten Organisationen	14

Vorwort

Um die wachsende Gruppe aktiver und leistungsfähiger älterer Menschen und deren Potentiale mehr in den gesellschaftlichen Fokus zu rücken, hat Frau Bundesministerin Schwesig im Sommer 2015 die Einsetzung eines Runden Tisches „Aktives Altern – Übergänge gestalten“ initiiert und die Schirmherrschaft über den Runden Tisch übernommen.

In den in der Auftaktsitzung am 30. Juni 2015 vom Runden Tisch eingesetzten Arbeitsgruppen „Übergänge gestalten“, „Bildung im und für das Alter“, „Active Ageing Index und dessen Regionalisierung“, wurden Handlungsempfehlungen diskutiert und entwickelt, die priorisiert und in 10 Punkten zusammengefasst wurden.

Berücksichtigt wurden dabei auch die Ergebnisse des Siebten Altenberichts „Sorge und Mitverantwortung in der Kommune – Aufbau und Sicherung zukunftsfähiger Gemeinschaften“; dies betrifft insbesondere die Empfehlungen Nr. 2 und 4. Hintergrund war ein entsprechender Auftrag, der sich aus der Stellungnahme der Bundesregierung zum Siebten Altenbericht ergibt ¹⁾.

Die zunehmende Langlebigkeit stellt die Einzelnen und die Gesellschaft insgesamt vor die Herausforderung, gesund zu altern. Wie wissenschaftliche Untersuchungen belegen, können körperliche, geistige und soziale Aktivitäten bis ins hohe Alter hinein als wesentliche Grundlage für ein gesundes Altern angesehen werden. Ebenso von zentraler Bedeutung für ein erfülltes Altern ist das Engagement für andere – und das damit verknüpfte Erleben von Selbstwirksamkeit und Sinn. Die Förderung der damit verbundenen selbst organisierten oder von Bildungsinstitutionen angestoßenen Lern- und Bildungsprozesse wird als eine Chance angesehen, den demografischen Wandel zukunftsfähig und mit Blick auf das Wohlergehen aller Generationen zu gestalten.

¹⁾ Unterrichtung durch die Bundesregierung, Siebter Bericht zur Lage der älteren Generation in der Bundesrepublik Deutschland „Sorge und Mitverantwortung in der Kommune – Aufbau und Sicherung zukunftsfähiger Gemeinschaften und Stellungnahme der Bundesregierung, Bundestags-Drucksache 18/10210, S. VI)

Handlungsempfehlungen/Zusammenfassung der Arbeitsergebnisse

Entsprechend der Vereinbarung in der Auftaktsitzung des Runden Tisches Aktives Altern am 30.06.2015 haben die drei Arbeitsgruppen in dem auf zwei Jahre angelegten intensiven Diskussionsprozess Empfehlungen erarbeitet. Aus diesen Ergebnissen wurden die zentralen zehn Punkte ausgewählt und werden im Folgenden aufgeführt:

1) Kommunale Rahmenbedingungen

Die Kommune (Stadt, Landkreis oder Gemeinde) ist der Ort, dessen lebensweltlicher und sozialräumlicher Kontext unser Zusammenleben prägt; daher kommt den kommunalen Rahmenbedingungen eine zentrale Rolle im Handlungsfeld „Aktives Altern – Übergänge gestalten“ zu. Viele, insbesondere größere, Kommunen haben die kommende Herausforderung der aus dem Berufsleben scheidenden Babyboomer bereits im Blick und bereiten sich vor. Als Rahmenbedingungen für ein selbstbestimmtes Leben und Lernen der älteren Generation sind u.a. erforderlich: eine politische Weichenstellung und Priorisierung des Anliegens, die Bereitstellung von Unterstützungsstrukturen zu Gestaltung der Lebensphase nach dem Ausscheiden aus dem Beruf, eine kontinuierliche Stärkung zivilgesellschaftlicher Potenziale, die Realisierung von partizipativ entwickelten sozialraumorientierten Handlungskonzepten (mit entsprechender Sozialplanung), die Bereitstellung kommunaler Anlaufstellen (mit Personal). Solche kommunalen Prozesse sollten unter Mitwirkung der älteren und sehr alten Menschen in Gang gesetzt werden, mit dem Ziel, auch für Personen, die in prekären Verhältnissen leben, Teilhabe zu ermöglichen. Eine Stärkung der Kommunen, beispielsweise durch die Ausstattung mit den erforderlichen Kompetenzen und Ressourcen erscheint wesentlich. Die Stärkung vorhandener Strukturen hat Vorrang. Dabei ist auch zu beachten, dass im Bereich der pflegerischen Versorgung sowohl den Ländern als auch den Pflegekassen gesetzlich eine maßgebliche Verantwortung bei der Sicherstellung von Strukturen und Leistungserbringung zugewiesen wurde.

2) Aussagekräftige und verlässliche Daten

Die kommunale Planung und Vorbereitung solcher Prozesse bedarf aussagekräftiger und verlässlicher Daten - auf kommunaler Ebene (inklusive der kreisangehörigen Gemeinden). Die Kommunen benötigen daher zur Umsetzung einer sozialraumorientierten Demografiepolitik ein umfangreiches einheitliches Datensystem zu relevanten Lebenslagen im Alter in Dörfern und Quartieren, das auch die Leistungen der Zivilgesellschaft einbezieht. Damit werden die lokale Steuerung der Demografiepolitik, der bundesweite Vergleich von Lebensverhältnissen im Alter und die interkommunale Zusammenarbeit erleichtert. Der Vorschlag der Altenberichtscommission zur gesicherten Datenlage wird ausdrücklich unterstützt. Insgesamt ist eine gesicherte Datenlage zur Umsetzung einer zeitgemäßen an demografischen Entwicklungen ausgerichteten Bildungspolitik notwendig, insbesondere auch Forschung zu „vulnerablen Gruppen“ und den Bedingungen für das Gelingen bereits funktionierender, auf gegenseitiger Unterstützung beruhender Strukturen (z.B. Nachbarschaftshilfen, Projekte Alt/Jung).

3) Active Ageing Index adaptiert für Kommunen

Mit einer kommunalen Adaption des Active Ageing Index können „ungenutzte“ Potentiale Älterer identifiziert und wertvolle Planungshinweise gewonnen werden. Es wird vorgeschlagen, auf der Grundlage des Pilotprojekts, das im Rahmen des EU Peer Review Seminars „Active Aging Index at local level“¹ vom 14. bis 15. April 2016 im BMFSFJ erstmals vorgestellt wurde, die kommunale Adaption weiter zu verfolgen; ggfs. durch Einbeziehung weiterer Datenquellen. In Abstimmung mit den kommunalen Vertretern und den kommunalen Spitzenverbänden sowie der Zivilgesellschaft soll vor allem die Frage einer sachgerechten Gewichtung der einzelnen Indikatoren gelöst werden.

4) Kommunale Daseinsvorsorge

Zentrales Ziel sind ausreichende Versorgungsstrukturen auf den verschiedenen kommunalen Ebenen. Für deren Finanzierung bedarf es einer gesicherten und auskömmlichen Grundlage, die die Unterschiede vor Ort und die heterogene Situation in den Kommunen berücksichtigt².

5) Ehrenamt

Engagementförderung für Aktives Altern und im Alter bedeutet, bestehende Strukturen für Engagement und Teilhabe zu nutzen und weiterzuentwickeln und diese für neue Engagementformen zu öffnen. Grundlage dafür ist die Stärkung der Zivilgesellschaft, was eine intensive Netzwerkarbeit und ebenso verlässliche Förderstrukturen voraussetzt. Als nachhaltige und verlässliche Infrastruktur werden kommunale Anlaufstellen unter Einbeziehung aller örtlichen Akteure empfohlen. Diese Anlaufstellen sollten nach Möglichkeit integrativer Bestandteil der kommunalen Rahmenbedingungen sein. Dabei ist auch zu beachten, dass im Bereich der pflegerischen Versorgung den Pflegekassen maßgebliche Verantwortung zugewiesen wurde.

6) Bildung

Bildung gewinnt in einer Gesellschaft des langen Lebens gerade auch für ältere Menschen zunehmend an Bedeutung: Nur durch kontinuierliche Lern- und Bildungsprozesse sowohl auf persönlicher als auch auf gesellschaftlicher Ebene lassen sich die Herausforderungen des demografi-

¹ Gerontology Study – Implementing an Active Ageing Index in Germany, Forschungsgesellschaft für Gerontologie, Technische Universität Dortmund

² Die BAGSO, die BAG FW, das BBE und der DOSB sprechen sich für folgende Empfehlung aus: „Zentrales Ziel ist der Aufbau flexibler Strukturen, die Selbstbestimmung, Bildung und Versorgung auf den verschiedenen kommunalen Ebenen sicherstellen und Mitwirkungs- und Gestaltungsmöglichkeiten offerieren. Für deren Finanzierung wird eine neue Gemeinschaftsaufgabe „kommunale Daseinsvorsorge“ empfohlen. Damit sollen vor allem die unterschiedlichen Finanzierungsmöglichkeiten gebündelt und effektiviert werden (als positives Beispiel werden die Mehrgenerationenhäuser genannt). Dem Konfliktpotential, das in dem erforderlichen fachpolitischen Diskurs steckt, wenn es um Kompetenzzuschreibungen und die fachliche Ausrichtung geht, soll mit einer bundesgesetzlichen Regelung zu Finanzierung und Planung entsprochen werden. In einem solchen Gesetz sollte auch ein für die kommunale Seniorenarbeit obligatorisches Budget vor allem für strukturschwache Kommunen geregelt werden.“

schen Wandels zum Wohle der Menschen aller Lebensphasen und Lebenslagen konstruktiv gestalten. Die unterschiedlichen Lebenslagen im Alter fordern über die bewährten Bildungsangebote hinaus weitere non-formale und informelle Lernsettings sowie eigene Themen und Formate. Entscheidende Faktoren sind: eine Förderung von Bildung und Engagement mit Reflexionsimpulsen zu den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, die Sensibilisierung von Mitarbeitenden in den Kommunen für die unterschiedlichen Zielgruppen älterer und sehr alter Menschen und die Optionen des intergenerationellen Miteinanders, die Vernetzung auf kommunaler und Landesebene, aber auch die Vernetzung von Bildungseinrichtungen untereinander.

7) Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT)

IKT eröffnen für ältere Menschen – auch im Hinblick auf die Gestaltung eines Lebens mit Unterstützungs- und Pflegebedarf im Alter – bisher noch lange nicht ausgeschöpfte Entwicklungsmöglichkeiten. Entscheidend ist es, Voraussetzungen zu schaffen, um Ambivalenzen gegenüber digitalen Medien abzubauen, eine realistische Einschätzung des Nutzens und der Gefahren zu entwickeln und digitale Kompetenzen im Alter zu stärken. Die Sicherheit der Systeme muss sowohl in Bezug auf ihre Funktionsfähigkeit wie auf Datensicherheit gewährleistet sein und Verantwortlichkeiten müssen geklärt werden. Die Einbindung älterer Menschen als Co-Entwicklerinnen und Co-Entwickler von IKT und Angeboten der Weiterbildung im Feld ist hier von grundlegender Bedeutung – ebenso wie eine bundesweit unterstützende Struktur (Digitalisierung).

8) Alterngerechte Beschäftigung/Lebensphasenorientierte Personalpolitik

Zunehmender Fachkräftemangel sowie der Verlust von Kompetenz und Wissen durch den Ausstieg erfahrener Beschäftigter sind Anreiz für Unternehmen und Verwaltungen, mit einer lebensphasenorientierten Personalpolitik - einschließlich einer Work-Life-Choice - zu ermöglichen, dass Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter möglichst gesund, motiviert und leistungsfähig die Regelaltersgrenze erreichen. Gefragt ist zudem auch das eigenverantwortliche Handeln der Beschäftigten bei Gesunderhaltung und lebenslangem Lernen. Die Sozial- und Tarifpartner sind hier in einer besonderen Verantwortung dies gemeinsam für alle und mit allen älteren Beschäftigten konstruktiv zu gestalten. Die Flexibilisierung von Arbeit vor und nach der Regelaltersgrenze wie beispielsweise durch die Flexirente wird ausdrücklich unterstützt.

9) Vorbereitung auf das Ende der Erwerbstätigkeit durch Fortbildung

„Übergangsförderungen“ – etwa als Vorbereitung auf den Übergang in die nachberufliche Lebensphase – als Element eines lebensphasenorientierten Personalmanagements haben einen unternehmerischen (Stichwort Wissensmanagement), auf Seiten der Erwerbstätigen einen individuellen sowie einen gesamtgesellschaftlichen Nutzen. Neben dem Wirtschaftssektor sind auch der Staat, die Kommunen, Wohlfahrtsverbände und die Zivilgesellschaft zur Erschließung und Aktivierung von Potenzialen durch ein Übergangsmanagement aufgerufen. Dabei sind besonders das bürgerschaftliche Engagement und eine weitere freiwillige berufliche Tätigkeit im höheren Alter in den Blick zu nehmen.

10) Alle Älteren erreichen

Prävention und Gesundheitsförderung sowie Bildungs- und Lernprozesse bis ins hohe Alter hinein dienen der Weiterentwicklung der Persönlichkeit und der Erweiterung von Selbstverständnis und Eigenverantwortlichkeit. Die Möglichkeiten, Zugänge zu schaffen, sind so vielfältig wie die Lebenssituationen, die Menschen für Bildung schwerer erreichbar machen (z. B. ältere Menschen in prekären Lebenslagen, mit Migrationshintergrund, einsame Ältere, Seniorinnen und Senioren mit eingeschränkter Mobilität/mit Behinderung, mit Vorbehalten gegenüber herkömmlichen Formaten der Erwachsenenbildung). Ermöglichende Strukturen vor Ort – mit entsprechend qualifiziertem Personal – sollten vorgehalten werden.

Geboten ist auch die Weiterentwicklung und Verstetigung von lernanregenden Infrastrukturen und Netzwerken, insbesondere für den Bereich des informellen und non-formalen Lernens. Die Einbeziehung Menschen in die Angebotsentwicklung und -durchführung ist ein entscheidender Faktor zum Gelingen genauso wie eine (bereits erwähnte) bundesweit unterstützende Struktur.

Demografischer Wandel in Deutschland

Die Alterung unserer Gesellschaft und sinkende Geburtenzahlen sind die zentralen Herausforderungen des demografischen Wandels.

Nie zuvor haben Menschen so lange gesund gelebt. Die Lebenserwartung steigt kontinuierlich, aber es gibt immer weniger junge Menschen.

Die zunehmende Zahl der Menschen im Rentenalter und die Anteilsverschiebungen zwischen den Hauptaltersgruppen der Bevölkerung zugunsten der älteren Menschen haben in Deutschland eine besondere Dynamik erlangt.

Seit etwa Beginn der 1980er-Jahre liegt das Geburtenniveau zwischen 1,3 und 1,5 Kindern je Frau. Dies hat auch Auswirkungen auf die nachfolgenden Generationen, denn durch das sinkende Geburtenniveau wird eine Generation durch die nachfolgenden Geburtsjahrgänge nicht mehr vollständig, sondern nur noch zu zwei Dritteln ersetzt (BIB 2017: 3²).

Die Menschen in Deutschland leben heute im Schnitt über 30 Jahre länger als noch vor 100 Jahren. Seit den 1970er-Jahren steigt die Lebenserwartung vor allem in Folge des Rückgangs der Sterblichkeit im höheren Alter. Die durchschnittliche Lebenserwartung liegt heute für neugeborene Mädchen bei rund 83 Jahren und für neugeborene Jungen bei rund 78 Jahren. Frauen und Männer, die jetzt 65 Jahre alt sind, haben noch eine durchschnittliche, sogenannte fernere, Lebenserwartung von rund 20 bzw. 17 Jahren (BiB³). Bis zum Jahr 2060 wird von einem weiteren Zugewinn an Lebensjahren von mindestens vier Jahren ausgegangen (Statistisches Bundesamt 2015⁴).

Diese Veränderungen sind grundlegend und dauerhaft und werden in unserer Gesellschaft immer stärker spürbar. Der demografische Wandel stellt eine große Herausforderung für Politik, Verwaltung, Wirtschaft und jeden Einzelnen unserer Gesellschaft dar.

Die Bundesregierung hat sich dieser Aufgabe angenommen: 2012 hat sie eine umfassende Demografiestrategie vorgelegt, die seither von einem Dialog- und Arbeitsgruppenprozess mit zahlreichen Gestaltungspartnern begleitet wird. Im Herbst 2015 hat die Bundesregierung eine weiterentwickelte Fassung der Demografiestrategie beschlossen. Diese und weitere Informationen, wie die Demografiepolitische Bilanz der Bundesregierung vom Februar 2017, sind abrufbar auf dem Demografieportal des Bundes und der Länder (siehe Demografieportal⁵).

² Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung, Policy Brief, Volume I, März 2017

³ Vgl. <http://www.bib-demografie.de/SharedDocs/Glossareintraege/DE/L/lebenserwartung.html>

⁴ Statistisches Bundesamt 2015: Bevölkerung Deutschlands bis 2060 – 13. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung. Wiesbaden

⁵ Vgl. <http://www.demografie-portal.de>

Die Babyboomer-Generation

Die Babyboomer-Generation stellt innerhalb der alternden Gesellschaft in Deutschland eine Besonderheit dar. Gemeint sind damit die geburtenstarken Jahrgänge von Mitte der 1950er- bis Mitte der 1960er-Jahre.

Ab 2018 bis 2031 werden in Deutschland circa 13 Millionen Babyboomer die Berufstätigkeit verlassen, somit etwa 37 Prozent aller derzeitig Erwerbstätigen.

Nach Berechnungen der Deutschen Bundesbank (Bundesbank 2017: 37 f.⁶) soll die Zahl der Erwerbsfähigen in Deutschland bis zum Jahr 2025 um fast 2,5 Millionen zurückgehen; entsprechend geht die Bundesbank davon aus, dass das sogenannte Potentialwachstum, also das mögliche Wachstum einer Volkswirtschaft bei normaler Auslastung der Produktionskapazitäten, in Deutschland im Durchschnitt in den Jahren 2021 – 2025 mit 0,8 Prozent niedriger ausfallen wird als mit 1,2 Prozent in der Dekade davor (vgl. ebd.: 42 f⁷).

Auch im internationalen Vergleich stellen die deutschen Babyboom-Generationen einen Sonderfall dar: Kein anderes Land erlebte nach zwei Weltkriegen einen derartigen An- sowie Abstieg der Geburtenzahlen in einem solch eng begrenzten Zeitraum. In Deutschland ist diese Entwicklung größtenteils auf den Babyboom in West-Deutschland zurückzuführen; dort fiel die Geburtenrate deutlich höher aus als in Ost-Deutschland.

Gemessen an den Vorgängerkohorten sind die Babyboomer in der Tendenz offener, konsumorientierter und achten mehr auf ihre Gesundheit. Im Vergleich zur nutzenorientierten Nachkriegsgeneration stellt sich die Babyboom-Generation als anspruchsvoller und freizeitorientiert dar. Die Babyboomer sind geprägt von einer Zeit des Wohlstands, erlebten nach der „Bildungskatastrophe“ eine Bildungs-Expansion und die Zeit eines enorm schnellen technischen Fortschritts.

Die Babyboomer sind eine heterogene und somit bunte Generation. Sie sind die erste Generation, die sich signifikant vom traditionellen Familienbild entfernt und diskontinuierliche Familienbiografien aufweist. Neben diesen veränderten familialen Lebenssituationen treten vielfältige und ebenso Erwerbsmuster mit Unterbrechungen auf, die die Anwartschaft auf die gesetzliche Rentenversicherung verringern. Die Erwerbsverläufe werden diskontinuierlicher, was die finanzielle Situation während der Erwerbsphase selbst weniger beeinträchtigt als im Ruhestand. Neben dieser besonderen Herausforderung für den Arbeitsmarkt und die Rentenversicherung sind auch die Kommunen besonders betroffen. Allein die erheblich zunehmende Anzahl der aus dem Erwerbsleben Ausscheidenden wird ihre vorhandenen Strukturen besonders belasten.

⁶ Deutsche Bundesbank, Monatsbericht April 2017, 69. Jahrgang Nr. 4

⁷ ebenda.

Auf Grund der im Vergleich zu früheren Generationen größeren Mobilität und Umzugsbereitschaft der Babyboomer wird es für die Kommunen notwendig, sich mehr als bisher für Menschen im Ruhestand „attraktiv“ zu gestalten und zu engagieren.

Runder Tisch „Aktives Altern – Übergänge gestalten“ (RT AA)

Der Runde Tisch versteht sich als Ergänzung zur Demografiestrategie der Bundesregierung.

Um die wachsende Gruppe aktiver und leistungsfähiger älterer Menschen, insbesondere der Babyboomer, und deren Potentiale mehr in den gesellschaftlichen Fokus zu rücken, hat Frau Bundesministerin Schwesig im Frühjahr 2015 die Einsetzung eines Runden Tisches „Aktives Altern – Übergänge gestalten“ initiiert und die Schirmherrschaft über den Runden Tisch übernommen. Die zentrale Zielsetzung des Runden Tisches ist es, Empfehlungen zu entwickeln, um die Gruppe der über 55-jährigen Bürgerinnen und Bürger mehr als bisher und rechtzeitig vor dem Übergang in den Ruhestand anzusprechen, zu aktivieren und deren Potential hervorzuheben.

Gemeinsam mit den großen Verbänden und Vereinigungen unserer Zivilgesellschaft und den Ländern und Kommunen will das BMFSFJ diesen notwendigen Perspektivwechsel hin zu einem Verständnis für „Aktives Altern“ nicht von oben „verordnen“, sondern überlegen, wie wir ihn umsetzen können.

Nach der zentralen Plenumsveranstaltung, die im Sommer 2015 stattfand, wurden in Arbeitsgruppen insbesondere zu den Themen „Übergänge gestalten“, „Bildung im und für das Alter“, „Active Ageing Index und dessen Regionalisierung“ Handlungsstrategien entwickelt und konkretisiert.

Alle Arbeitsgruppen haben in einem intensiven Diskussionsprozess Empfehlungen und Eckpunkte für differenzierte, an die jeweiligen Situationen und Ressourcen angepasste oder anpassbare – insbesondere lokale Strategien erarbeitet.

Besondere Auszeichnung des RT AA durch die EU Kommission

Die EU Kommission hat den Runden Tisch im Sommer 2016 als „Reference Site“ aufgenommen und als einziges Vorhaben mit dem Preis **“EIP on AHA National Reference for Excellence in Promoting Innovation for Active and Healthy Ageing”** ausgezeichnet. Das BMFSFJ kann damit auch das entsprechende Logo verwenden.

Von 74 ausgezeichneten Projekten stammen 6 Projekte aus Deutschland. Der RT AA hat jedoch als einziges Projekt diese internationale Auszeichnung in der nationalen Kategorie erhalten. Die Preisverleihung erfolgte durch Herrn Günther Oettinger, Kommissar für Kommunikationsnetze, Inhalte und Technologien (bis Ende 2016), Mitglied der Europäischen Kommission am 7. Dezember 2016 in Brüssel.

Die **E**uropean **I**nnovation **P**artnership on **A**ctive and **H**ealthy **A**geing (EIP AHA) stellt seit 2012 innovative Ideen zum aktiven und gesunden Altern auf ihren Internetseiten als Reference Site vor, um so einen Austausch auf europäischer Ebene mit Akteuren, wie z. B. Behörden und öffentliche Bedarfsträger, Universitäten, Forschungseinrichtungen oder auch Gesundheitsfürsorger und Gesundheitsdienstleister zu ermöglichen, die sich mit Fragen des aktiven und gesunden Alterns beschäftigen.

Hintergrundinformationen zu den einzelnen Arbeitsgruppen:

AG „Übergänge gestalten“

Die lange und immer länger werdende Lebensphase nach dem Ausscheiden aus dem Erwerbsleben ist von einer großen Vielfalt geprägt. Viele ältere Menschen sind fit und gern bereit, sich aktiv in die Gesellschaft einzubringen. Die bisherigen Erfahrungen zeigen, dass einzelne Maßnahmen und Ansätze vor allem dann erfolgreich waren, wenn sich Ältere rechtzeitig vor Erreichen des Rentenalters mit dem nahenden Ende ihrer Erwerbstätigkeit auseinandersetzen und Konzepte für die kommende Lebensphase entwickeln. Deshalb beschäftigte sich die AG mit der Altersgruppe 55 +, um einerseits bereits bewährte Wege für aktive Ältere für diese Altersgruppe zu adaptieren und andererseits neue Wege für sie zu entwickeln. Die Ergebnisse der Workshops dieser Arbeitsgruppe sind auf der Website des ISS veröffentlicht.

a) Themenschwerpunkte:

- Kommunales Übergangsmanagement
- Personalpolitik und -entwicklung
- Engagement

b) Überblick über Veranstaltungen der AG

WS = Workshop

AG = Arbeitsgruppe

Datum	WS/AG	Thema
07.05.2015	WS	„Übergänge gestalten – Aktives Altern als gesellschaftliche Aufgabe
30.06.2015	Plenum	„Aktives Altern – Übergänge gestalten“
12.10.2015	WS	„Generation Babyboomer – Zentrale Größe im demografischen Wandel“
18.11.2015	AG	Erste AG-Sitzung
10.02.2016	WS	Studie „Die Generation Babyboomer – Übergänge gestalten, Verantwortung der Kommunen“
12.04.2016	WS	Kommunales Übergangsmanagement I
28.04.2016	WS	Kommunales Übergangsmanagement II
19.05.2016	AG	Zweite AG-Sitzung

08.09.2016	WS	„Personalpolitik und -entwicklung“
20.09.2016	WS	„Zeit für mich, Zeit für andere“
25.10.2016	AG	Dritte AG-Sitzung
23.11.2016	AG	Vierte (Sonder)AG-Sitzung zum 7. Altenbericht
13.12.2016	WS	„Die Babyboomer – Teil des zivilgesellschaftlichen Generationsvertrages?“
10.03.2017	AG	Fünfte AG-Sitzung

AG Active Ageing Index

Der von der EU Kommission in Zusammenarbeit mit UNECE entwickelte Active Ageing Index (AAI) kann verwendet werden, um das ungenutzte Potential der älteren Menschen ab 55 transparent zu machen und ist insoweit ein wertvolles Analyseinstrument. Dieser Index soll anhand verfügbarer deutscher Datenquellen/Surveys in AAI vergleichbarer Qualität für Deutschland so errechnet werden, dass Kommunen das ungenutzte Potential der älteren Menschen in ihrer Kommune ermitteln und Fortschritte im Bereich des aktiven Alterns messen können.

a) Themenschwerpunkte:

- Auswertung Peer Review Seminar
- Andere Indizes
- Statistiken, Sekundärdatenanalyse

b) Überblick über Veranstaltungen der AG

WS = Workshop

AG = Arbeitsgruppe

Datum	WS/AG	Thema
12.05.2015	WS	„Active Ageing Index – Eine Chance für die Kommune“
04.07.2015	Deutscher Seniorentag	Podiumsgespräch zum AAI „Potentiale des Aktiven Alterns sichtbar machen – Der Active Ageing Index“
19.11.2015	AG	Erste AG-Sitzung
14. - 15.04.2016	Peer Review Seminar	AAI at local level
26.10.2016	WS	methodische Fragen

AG Bildung

Bildung ist für Menschen im dritten und vierten Lebensalter eine wichtige Voraussetzung dafür, selbstbestimmt aktiv am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben und Teil dessen zu sein. Dabei beschränkt sich Bildung nicht nur auf den Erwerb von Wissen und Qualifikationen, sondern umfasst z. B. auch Aufgaben und Anforderungen in der Familie, in der Freizeit oder im bürgerschaftlichen Engagement. Von besonderer Bedeutung sind für das BMFSFJ deshalb weniger formelle, also institutionalisierte, sondern informelle, alltagsnahe Lernkontexte und „zugehend“ gestalteten Lernarrangements.

Die Arbeitsgruppe „Bildung im und für das Alter“ hatte das Ziel, Handlungsansätze und Handlungsmöglichkeiten insbesondere in den nachstehend aufgeführten Themenschwerpunkten aufzuzeigen. Die Ergebnisse der Workshops dieser Arbeitsgruppe sind auf der Website des ISS (Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e. V.) veröffentlicht.

a) Themenschwerpunkte:

- Bildung als Bestandteil kommunaler Daseinsvorsorge und Ländlicher Raum
- Schwierige Zugänge
- Politische Bildung
- Informations- und Kommunikationstechnologie
- Weiterbildungsmaßnahmen zur Vorbereitung des Übergangs vom Berufsleben in den Ruhestand

b) Überblick über Veranstaltungen der AG

WS = Workshop

AG = Arbeitsgruppe

FG = Fachgespräch

Datum	WS/AG/FG	Thema
02.12.2014	FG	Bildung – Eine Frage des Alters (Vorbereitung der AG)
28.09.2015	AG I	Bildung im und für das Alter
24.11.2015	WS I	Politische Bildung
18.02.2016	WS I	Schwierige Zugänge
21.04.2016	WS I	Kommunale Daseinsvorsorge
13.06.2016	FG	Stakeholderkonferenz „Bildung im und für das Alter – internationale/europäische Perspektiven“
14.06.2016	AG II	Bildung im und für das Alter
13.09.2016	WS II	Politische Bildung
14.11.2016	WS II	Fortbildungen zur Gestaltung Übergang Ruhestand
15.11.2016	WS II	Kommunale Daseinsvorsorge/Schwierige Zugänge
16.11.2016	FG	Digitale Kompetenz älterer Menschen (IT Gipfel)
21.02.2017	AG III	Bildung im und für das Alter

Liste der beteiligten Organisationen

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS)
Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF)
Bundesministerium für Gesundheit (BMG)
Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)
Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi)
Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL)
Vorsitzland JFMK (Jugend- und Familienministerkonferenz)
Deutscher Städtetag
Deutscher Landkreistag
Deutscher Städte- und Gemeindebund
Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (BAG FW)
Sozialverband Deutschland (SoVD)
Katholische Kirche – Kommissariat der deutschen Bischöfe
Evangelische Kirche in Deutschland – Der Bevollmächtigte des Rates der EKD
Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB)
Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände (BDA)
Zentralverband des deutschen Handwerks (ZdH)
Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen (BAGSO)
Deutscher Olympischer Sportbund (DOSB)
Deutscher Volkshochschul-Verband (DVV)
Bundesverband Deutscher Stiftungen
Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)
Deutscher Kulturrat
Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e. V. (ISS)

